

LINKSINFO

Etwas „Entspannung“ beim Sport

Frühschwimmerzeiten bleiben, Sozialtarif teilweise gesenkt **Seite 2**

Kulturhauptstadt gegen Rassismus

Protestkundgebung gegen „ProNRW“ **Seite 3**

Kommunalpolitischen Konferenz:

„Finanznot der Kommunen ist nicht hausgemacht ...“ **Seite 5**

Umstrittener Abschiebearzt eingeladen

Öffentlicher Protest Wirkung

Wenige Tage vor der Ratssitzung am 24. März wurde bekannt, dass die Essener Ausländerbehörde den als „Abschiebearzt“ umstrittenen Dr. Müldner aus Hessen einsetzen wollte. Der sollte in mindestens zwei Fällen Flüchtlinge begutachten, die bisher nicht abgeschoben werden konnten, weil sie psychisch krank und nicht reisefähig sind. Kritiker aus der Ärzteschaft werfen dem 78-jährigen u.a. „fachliche Unkenntnis“ vor. Pro Asyl Essen sprach von einem „Skandal“ und prangerte die restriktive Haltung der Ausländerbehörde an.

DIE LINKE-Ratsfraktion beantragte daraufhin eine „Aktuellen Stunde“ und forderte die Ausländerbehörde auf, die Beauftragung von Dr. Müldner zurückzuziehen und dessen die Ärzte aus der Gutachterliste des nordrhein-westfälischen Innenministeriums zu berücksichtigen. Es kann nicht sein, dass ein Arzt dessen fachliche Kompetenz und fehlende Unvoreingenommenheit sogar in Gerichtsurteilen bezweifelt wird, über das Wohl und Wehe von Menschen entscheiden kann. Oder – so fragte DIE LINKE im Stadtrat – wird mit Absicht ein „Abschiebearzt“ eingesetzt, damit die Ausländerbehörde die psychisch erkrankten Flüchtlinge leichter abschieben kann?

Die Rechtfertigung der Ausländerbehörde, es sei nicht leicht überhaupt Ärzte für die Begutachtung der Reisefähigkeit von Flüchtlingen zu finden, ging als Schuss nach hinten los. In den aktuellen Fällen ist keiner der vom NRW-Innenministerium empfohlenen Ärzte von der Ausländerbehörde überhaupt angefragt worden.

Oberbürgermeister Paß sagte dann zu, dass nach Möglichkeit die Beauftragung fachlicher geeigneterer Ärzte erfolgen solle. Dann ging es schnell: Nach dem auch die überörtliche Presse über den „Fall Dr. Müldner“ berichten wollte, wurde zwei Tage nach der Ratssitzung die Begutachtung durch Dr. Müldner von der Ausländerbehörde abgesagt.

Gabriele Giesecke

Am 9. Mai DIE LINKE wählen!

NRW braucht einen grundlegenden Politikwechsel

Im Interesse der breiten Mehrheit der Menschen in unserem Land ist dieser Politikwechsel überfällig. DIE LINKE hat in einem Dringlichkeitsprogramm die wichtigsten ersten Schritte für einen solchen Politikwechsel aufgezeigt:

Ein Schutzschirm für Menschen

Die Menschen in NRW brauchen ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Bildung, Gesundheitsversorgung und öffentliche Infrastruktur zur Schaffung von mindestens 300.000 neuen Arbeitsplätzen. Anstatt der Krise mit rücksichtsloser Sparpolitik zu begegnen, sind sinnvolle Investitionen im Interesse der Mehrheit der Menschen notwendig. Ein Vergabegesetz zur Einhaltung von Tariftreue, das Mindestlöhne von 10 Euro und ökologische Kriterien beinhaltet, gehört genau so zu unserem Schutzschirm für die Menschen in NRW wie ein neues Landespersonalvertretungsgesetz, das die Rechte der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen in den Einrichtungen und Betrieben des Öffentlichen Dienstes deutlich ausweitet.

Im Kampf gegen prekäre Beschäftigung werden wird DIE LINKE ein neues NRW Ladenöffnungsgesetz einbringen, damit die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Einzelhandel entscheidend verbessert werden.

Armut bekämpfen – Bildung für alle

„Hartz IV muss weg!“ heißt für DIE LINKE.NRW: Keine menschenverachtenden Ein-Euro-Jobs, stattdessen sozialversicherte und tarifliche Beschäftigung. DIE LINKE wendet sich gegen jede Form von Sanktionen und Leistungskürzungen. Strom- und Gassperren sowie Zwangsumzüge müssen bedingungslos beendet werden. DIE LINKE fordert die sofortige Weiterförderung von Sozialberatungs- und Arbeitslosenzentren. Nur DIE LINKE garantiert die Einführung von Sozialtickets im öffentlichen Nahverkehr und Sozialtarifen für Strom und Gas. Bildung ohne Gebühren von der Kita für Unter-3-Jährige bis ins hohe Alter ist unser Ziel..

(Fortsetzung auf S.3)



Rund 500 Leute kamen am 17.4. auf den Willy-Brandt-Platz zur Kundgebung mit Oskar Lafontaine und den Essener Landtags-Direktkandidaten Ismail Soy, Wolfgang Freye, Holger Vermeer und Laura Wollny (von links).

Etwas „Entspannung“ beim Sport

Frühschwimmerzeiten bleiben, Sozialtarif teilweise gesenkt

Die Bezirksregierung untersagte die im Grundsatz bereits genehmigten Investitionen von 5 Mio. Euro für den Sportbereich in 2010, CDU und Grüne versuchten massiv Stimmung zu machen. Das waren Reaktionen auf den von SPD, FDP und DIE LINKE getragenen Ratsbeschluss, die Schließung des Freibades Hesse zurückzunehmen. Auf der letzten Sitzung beschloss der Rat nun mit teilweise breiter Mehrheit Sparmaßnahmen für die Sport- und Bäderbetriebe, die zu mehr als der von der Bezirksregierung verlangten Kompensation der Betriebskosten für Hesse führen werden. Umstritten war nur noch die Einschränkung der Öffnungszeiten der Freibäder.

Eine der Maßnahmen, die letztlich einstimmig beschlossen wurde, ist eine moderate Erhöhung der Eintrittspreise, die erste seit neun Jahren. Die Einzelkarte erhöht sich für das Grugabad von 3,60 auf 4 Euro, für die anderen Bäder von 2,80 auf 3 Euro. Der Eintritt mit Familienkarte wird jedoch günstiger und der ermäßigte Tarif, der Sozialtarif, wird einheitlich auf 2 Euro festgelegt. Für das Grugabad und den Wochenendtarif des Schwimmzentrums Rütterscheid ist das eine Ermäßigung um 0,10, für die anderen Bäder eine Erhöhung um 0,20 Euro. Die Verwaltung hatte ursprünglich eine Erhöhung auch der ermäßigten Tarife für Grugabad



Protest gegen die Schließung des Freizeitbades Oase. DIE LINKE stimmte dagegen.

und Schwimmzentrum auf 2,50 Euro vorgeschlagen. Es ist ein Erfolg der Ratsfraktion DIE LINKE, dass diese Erhöhung abgelehnt wurde. Der bei der Ratssitzung anwesende Vertreter der Bezirksregierung äußerte allerdings erhebliche Bedenken und will die Teilsenkung der Sozialtarife noch einmal prüfen. Angesichts von rund 140.000 Euro Mehreinnahmen, die die Er-

höhungen für 2010 bringen werden, kann man das nur noch als Schikane bezeichnen.

Öffnungszeiten umstritten

Erheblich weniger „friedlich“ ging es bei der Einschränkung der Öffnungszeiten der Freibäder auf 9,5 Stunden täglich zu. CDU und Grüne lehnten ab und versuchten, die Diskussion zum Tribunal über SPD, FDP und DIE LINKE zu machen. Damit wollten sie über ihre Fehler in der Sport- und Bäderpolitik hinwegtäuschen. Denn nach intensiver Diskussion hatte die Verwaltung ein Modell vorgelegt, nach der die Zeiten für Frühschwimmer – rund 25 % der Freibadnutzer – in vollem Umfang erhalten bleiben. Stattdessen fällt die mittlere Schicht im Dreischicht-Betrieb der Freibäder aus (je nach Bad ca. 10–14.00 Uhr). An Wochenenden und in den Ferien bleibt ganztägig geöffnet.

Bei der nächsten Ratssitzung sind noch Entscheidungen über die Nutzungsgebühren für Sportplätze und über den Investitionsplan zu treffen. Für letzteres gibt es eine von allen Ratsfraktionen mit dem ESPO und den betroffenen Vereinen abgestimmte Vorlage. Die „ganz große“ Koalition für den Sport, die der ESPO verlangt hat, konnte hier ein Stück weit umgesetzt werden. Jetzt kommt es darauf an, dass die Bezirksregierung die Investitionsmittel für die Sportanlagen auch wirklich frei gibt

Wolfgang Freye

Kahlschlag bedroht soziale Infrastruktur

Familien besonders belastet – Gewerbesteuererhöhung richtiger Schritt

„Essen is' fertig“ – im Zusammenhang mit den anstehenden Haushaltsberatungen könnte dieser Spruch eine ganz neue Bedeutung erhalten. Angesichts stetig gestiegener Defizite in den vergangenen Jahren droht nun absehbar die Überschuldung unserer Stadt. Konkret: Die gesamten Schulden würden das (noch verbliebene) Vermögen – also die städtischen Gebäude, Grundstücke, Infrastruktur, RWE-Aktien etc. – wertmäßig übersteigen.

Was dies für unsere Stadt bedeutet? Einen ersten Vorgeschmack hierauf bekommen wir gerade ansatzweise: Verträge für „freiwillige“ Förderprogramme werden nicht verlängert, Investitionen, darf die Stadt nicht tätigen (RWE-Stadion ade?), selbst die Neueinstellung und die Übernahme von Auszubildenden standen auf der Kippe. Letztlich darf der Rat der Stadt noch darüber entscheiden, ob eine Wand rot oder grün gestrichen wird – aber nur, wenn beide Anstriche gleich teuer wären. Vor diesem Hintergrund wird die Stadtspitze Ende April einen Haushaltsentwurf einbringen, der es mutmaßlich in sich haben wird. Hierauf deuten bereits die Anfang März vorgestellten „Eckdaten zur Haushaltskonsolidierung“ hin. Nach einer ersten Sichtung kommen wir zu folgenden Einschätzungen:

1. Zwar hat sicher auch die Essener Politik (insbesondere die letzten fünf Jahre schwarz-grün) einen nicht geringen Anteil an der nun deutlich zu Tage tretenden Finanzmisere. Jedoch ist es vor allem die unzureichende Finanzausstattung

durch Bund und Land, die ursächlich ist. Alleine das so genannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ kostet die Stadt Essen jährlich rund 15 Mio. Euro! Hier stellt sich die Frage, ob angesichts dieser Rahmenbedingungen überhaupt die Möglichkeit besteht, dass sich die Stadt Essen am eigenen Schopfe aus dem Schulden-sumpf ziehen kann.

2. Entscheidend für LINKE Politik ist der Blick darauf, dass durch die bevorstehenden Kürzungen und Gebührenerhöhungen nicht ausgerechnet die finanziell schwächeren Gruppen unserer Stadt überproportional getroffen werden. Eine Erhöhung der Grundsteuer B wird alle MieterInnen treffen, ebenso die absehbaren Gebührenerhöhungen für Müll, Abwasser usw. Überproportional betroffen werden jedoch Familien mit Kindern. Senkungen der Schulzuschüsse, eine Absenkung von Standards bei der Kinderbetreuung, die Kürzung der Zuschüsse für die nicht-kommerzielle Kinder- und Jugendarbeit und eine Erhöhung der Gebühren für die Folkwang Musikschule und die VHS:

3. Kritisch ist der beabsichtigte Stellenabbau im „Konzern Stadt“. Letztlich führt dies zur Einschränkung bzw. gar Aufgabe von Dienstleistungen, die den Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen. Zudem ist die Stadt Essen in ihrer Rolle als großer Arbeitgeber ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Ein Personalabbau wird weitreichende Folgen haben.

4. Die Sparvorgaben für den Kulturhaushalt werden nicht ohne Weiteres zu schultern sein. Kürzungen für freie Träger aber auch Sparten-schließungen sind in der Diskussion. Es droht die Zerschlagung jahrelang aufgebauter Angebote. Dies widerspricht linker Politik, für die Teilhabe an Kultur ein Grundrecht ist.

Positive Ansätze sehen wir in einzelnen Vorschlägen zu Einnahmeverbesserungen wie die Erhöhung der Gewerbesteuer und die Einführung einer Übernachtungssteuer. Bei allen Konsolidierungsbemühungen ist für DIE LINKE eines aber klar: Ein Kürzungssuizid aus Angst vor dem Haushaltstod wäre das Letzte was angezeigt ist. In den Vordergrund auf die politische Agenda beim Bund gehört eine massive Veränderung der Finanz- und Steuerbeziehungen zugunsten der Kommunen und ferner ein Entschuldungsfond des Landes.

Jörg Bütefür

Kulturhauptstadt gegen Rassismus

Protestkundgebung in Katernberg gegen „Pro NRW“

Die rassistische und antidemokratische Gruppierung Pro NRW demonstrierte am Freitag, 26.3.2010 vor der Katernberger Fatih-Moschee gegen eine angebliche Islamisierung. Sinn und Zweck der Aktion ist es, das friedliche Zusammenleben der Muslime mit den Nicht-Muslimen in unserer Gesellschaft zu stören. Pro NRW behauptet, dass der Islam die europäische Kultur zerstören will, Minarette passen angeblich nicht in unsere europäischen Stadtbilder.

Hiergegen hat DIE LINKE. – gemeinsam mit einem breiten Bündnis gesellschaftlicher Gruppen – eine Protestkundgebung organisiert und durchgeführt. DIE LINKE. ist der Überzeugung, dass Meinungs- und Religionsfreiheit Grundprinzipien der Demokratie sind und diese zu Recht im Grundgesetz festgeschrieben sind. Hiergegen richten sich die Aktionen der Rechten, die nicht akzeptieren, dass ein friedliches Zusammenleben verschiedener Religionen und Kulturen innerhalb ein und derselben Gesellschaft möglich ist.

Dass ausgerechnet Essen-Katernberg und Duisburg-Marxloh als Demonstrationsorte von den Rechten ausgewählt wurden, ist kein Zufall. Gerade diese Stadtteile sind Beispiele, für ein

(Fortsetzung von S.1)

Die Privatisierungen öffentlichen Eigentums müssen ein Ende haben! Die soziale Wohnraumbeförderung NRW braucht eine bedarfsgerechte Wohnraumbeförderung und eine Wohnungspolitik, die dazu führt, dass jeder Mensch eine angemessene, bezahlbare Wohnung erhält. DIE LINKE kämpft für soziale Kommunen. NRW muss den steuerpolitischen Kahlschlag gegen die Gemeinden stoppen. Sofort muss ein Landesfonds zur Entschuldung strukturschwacher Kommunen eingerichtet und die stärkere Beteiligung der Städte und Gemeinden am Steueraufkommen umgesetzt werden.

Für einen Politikwechsel in NRW

Nur mit DER LINKEN kann es einen grundlegenden Politikwechsel geben. Aus NRW muss Druck kommen für eine Politik der Umverteilung von oben nach unten durch Wiedereinführung der Vermögensteuer und einen neuen Finanzausgleich zugunsten von Ländern und Kommunen. Die Landtagswahl in NRW hat bundespolitische Bedeutung. Wenn Schwarz-Gelb die Mehrheit im größten Bundesland behält, wird die Bundesregierung einen beispiellosen Kahlschlag gegen demokratische und soziale Rechte führen. Stattdessen braucht die Bundesrepublik, braucht NRW einen sozial-ökologischen Kurswechsel.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die für diesen Kurswechsel kämpft!

Wählen gehen in Essen für ein soziales NRW – DIE LINKE wählen!!!



Wie auch in Essen-Katernberg demonstrierten am Wochenende vor Ostern insgesamt viele Tausend Menschen im Ruhrgebiet gegen die antislamischen Provokationen von „Pro NRW“.

friedliches Zusammenleben miteinander. Diese Aktionen der Rechten sind gezielte Versuche, diesen Frieden zu zerrütten. Es ist ein Skandal, dass eine Veranstaltung, die klar darauf abzielt, den gesellschaftlichen Frieden zu stören, von der Essener Polizeipräsidentin sang- und klanglos genehmigt worden ist. Hier wird – mit Billigung der Polizei – den Brandstiftern freie Hand gelassen. Dies ist für Kulturhauptstadt Europas, die stolz darauf ist, dass verschiedene Kulturen ihr Stadtbild prägen (und dies in ihrer Bewerbung auch herausgestellt hatte), schlicht und einfach beschämend.

Die Muslime in Essen, welchen ich auch selber

angehöre, sind besorgt über die Zustände in unserem Stadtteil Katernberg. Wir Muslime in Essen wollen nicht, dass unser friedliches Zusammenleben gestört, ja sogar zerstört wird. Wir wollen nicht eine Islamisierung der Gesellschaft, sondern lediglich unseren Glauben ausüben, wozu auch ein Gebetshaus, in dem wir uns wohlfühlen, gehört. Wir möchten nicht in versteckten Hinterhöfen unserem Glauben nachgehen müssen, denn dies würde nur zu einer gesellschaftlichen Isolierung führen. Wir aber wollen uns nicht isolieren, wir wollen für die ganze Gesellschaft offen sein.

Ismail Soy, Mitglied des Kreisvorstandes

Unsere Direktkandidat/innen

Wie bei der Bundestagswahl hat auch bei der Landtagswahl jeder Wahlberechtigte zwei Stimmen: Die Erststimme für die Direktkandidatin oder den Direktkandidaten im Wahlkreis, die Zweitstimme für die Liste der jeweiligen Partei. Die Zweitstimme entscheidet über die Sitze einer Partei im Landtag.

DIE LINKE tritt in allen vier Essener Wahlkreisen mit Direktkandidaten an. Es sind:

Ismail Soy, Wahlkreis 65 Essen Nord-West/Mülheim-Winkhausen. Geboren 1962 in Sakarya in der Türkei geboren und lebt seit 1974 in Altenessen. Verheiratet, zwei Kinder. Er ist Hochbau fachmann und Mitglied des Kreisvorstandes der Partei DIE LINKE in Essen.

Holger Vermeer, Wahlkreis 66 Essen Nord-Ost. 46 Jahre alt, wohnt in Stoppenberg, verheiratet, ein Kind. Holger Vermeer hat Fliesenleger gelernt und ist seit 22 Jahren Gewerkschaftssekretär der IG BAU. Er hat 2007 den Lohnskandal auf der Baustelle Limbecker Platz aufgedeckt und kandidiert auf dem aussichtsreichen Platz 14 der Landesliste DIE LINKE.

Wolfgang Freye, Wahlkreis 67 Essen-West. 55 Jahre alt, verheiratet, wohnt in Holsterhausen. Wolfgang Freye ist Werkzeugmacher und stellv. Betriebsratsvorsitzender in einem Metall-Betrieb. Er ist Ratsmitglied und Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr.

Laura Wollny, Wahlkreis 68 Essen-Süd. Sie ist in Essen geboren und aufgewachsen und studiert an der Universität Essen-Duisburg Chemie. Laura engagiert sich zur Zeit aktiv bei der Organisation des „Bildungsstreiks“ für eine kostenlose Bildung für alle. (wof)

Sonntags? – Nicht mit uns!

Der Ausweitung von prekären Arbeitsplätzen erteilte die Mitgliederversammlung DER LINKEN in Essen am 10. März eine klare Absage. Kay Lipka (ver.di) erläuterte anschaulich die Folgen der Ausweitung von Ladenöffnungszeiten für die Beschäftigten im Einzelhandel: Eine kontinuierliche Abnahme von Voll-Stellen steht einem immer stärkeren Ansteigen von Teilzeitarbeit gegenüber.

Mit großer Mehrheit sprach sich die Mitgliederversammlung gegen die Ausweitung von Sonntagsöffnungszeiten im Einzelhandel aus. Im Beschluss heißt es: Der Kreisverband wendet sich entschieden gegen eine

Ausweitung der Ladenöffnungszeiten in Essen und anderswo und fordert von der kommenden Landesregierung die Rücknahme der Ausweitung unter Schwarz-Gelb.

Weiter heißt es: Gerade als europäische Kulturhauptstadt ist eine Ausweitung der Sonntagsöffnungszeiten nicht hinnehmbar, denn Kultur muss auch für VerkäuferInnen im Kreis der Familie oder mit FreundInnen am klassisch freien Sonntag erlebbar bleiben. So unterstützen wir auch die Forderungen der „Allianz für den freien Sonntag“, einem Bündnis u.a. aus Gewerkschaften und Kirchen.

Rainer Burk



Mitgliederentscheid:

Wir alle sind gefragt!

Seit 24. März erhalten alle Genossinnen und Genossen per Post von der Bundesgeschäftsstelle die Unterlagen zu einem Mitgliederentscheid. Darin geht es um in einer von mehreren Landesverbänden beantragten Urabstimmung über die neue Struktur unserer Parteispitze und eine spätere Urabstimmung zum Parteiprogramm.

In einem Brief, der leider nur elektronisch zur Verfügung steht, appellieren die beiden Parteivorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine an alle Mitglieder, bei beiden Fragen des Mitgliederentscheids mit „Ja“ zu stimmen, wohlwissend, so im Brief weiter: „dass einzelne Elemente dieses Strukturvorschlags von manchen kritisch gesehen werden. Das ist öfter so bei einem Kompromiss.“

Dieser Kompromiss will die Weiterentwicklung unserer Partei voranbringen.“ Dem kann ich mich nur anschließen. Das Wichtigste ist aber, sich überhaupt an dem Mitgliederentscheid zu beteiligen. Bis zum 24. April muss die Rücksendung der Unterlagen erfolgt sein. Wer noch keine Unterlagen erhalten hat, wendet sich bitte an die Landesgeschäftsstellenähere Informationen dazu gibt es bei uns im Büro und unter http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/2_parteitag/mitgliederentscheid/. CSK

Kampagne: „Schwere Wege leicht machen“

auf der MV der LINKEN am 10.03.2010

Auf unserer Mitgliederversammlung im März wurde aufgrund der zeitlichen Nähe zum Internationalen Frauentag der Schwerpunkt auf frauenpolitische Themen in der Stadt Essen gelegt. Im Anschluss an den Vortrag von Kay Lipka (ver.di) zu prekärer Beschäftigung im Einzelhandel und der Verabschiedung einer Resolution zu Sonntagsöffnungszeiten informierten wir über die seit dem 25.11.2009 (dem Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen) laufende Kampagne „Schwere Wege leicht machen“. 10 000 Frauen und Kinder flüchten in NRW jährlich in ein Frauenhaus. Die Finanzierung von Frauenhäusern erfolgt aus unterschiedlichsten Quellen: Landeszuwendungen wie Kommunalzuschüssen, Tagessätzen, Spenden, etc., es gibt aber keinen Rechtsanspruch auf die „Leistung“ Frauenhaus, deshalb ist die Art und Höhe der Frauenhausfinanzierung regional völlig unterschiedlich, selbst die bestgeförderten Häuser verfügen nicht über ausreichende Finanzmittel. Der Arbeitsaufwand um die Existenz von Frauenhäusern zu sichern, ist unverhältnismäßig hoch und fehlt dann bei der Unterstützungsarbeit. All dies hat zur Folge dass es nur eine unzureichende Anzahl von bedarfsgerechten Frauenhausplätzen gibt (allein in NRW fehlen jährlich 5.000 Plätze für Frauen in Not) Ein Skandal ist es auch, dass es keinen freien Zugang für alle von Gewalt betroffene Frauen gibt., der ist abhängig von z.B. Aufenthaltsstatus, Einkommenssituation oder der Herkunftskommune. Frauen ohne Leistungsanspruch haben ebenfalls keinen Anspruch auf einen Frauenhaus- Aufenthalt. Weiter wurden die Anwesenden über den Inhalt der Kampagne der LAG Autonomer Frauenhäuser und der Wohlfahrtsverbände (AWO, Diakonie, Caritas und Der Paritätische) informiert. Ziele der Kampagne sind :

Alle von Gewalt betroffenen Frauen und ihre Kinder müssen jederzeit unbürokratisch Zu-

flucht und Unterstützung in einem Frauenhaus finden können!

- Schutz, Unterkunft und qualifizierte Unterstützung im Frauenhaus müssen kostenlos und bedarfsgerecht zur Verfügung stehen!
- Die Finanzierung muss gesetzlich abgesichert sein. Die Mittel der Städte/Kreise und des Landes sollen in einem Topf gebündelt und das Frauenhaus als Ganzes finanziert werden! (EU Empfehlung: 1 Frauenhausplatz auf 7.500 EinwohnerInnen, in NRW derzeit 1 Frauenhausplatz auf 13.000 EinwohnerInnen).

Dies wird durch viele Aktionen unterstützt, Postkarten und Online-Unterstützungsunterschriften sind in der MV vorgestellt worden, und die Anwesenden unterzeichneten als Einverständnis mit der Kampagne noch vor Ort diese Karten, um dann einstimmig den Beschluss des KV zur aktiven Unterstützung dieser Kampagne zu verabschieden. Erfüllen wir diese Unterstützung im Landtagswahlkampf mit Leben, damit wir im Mai mit möglichst vielen Unterstützungsunterschriften zum Gelingen der Kampagne beitragen. Weitere Informationen findet ihr unter: www.schwere-wege-leicht-machen.de CSK



„Erst wenn das letzte Theater geschlossen ist, werdet ihr merken, dass im Ratsaal keine Kultur gemacht wird.“
Unter diesem Motto protestierten am 19.03. mehrere hundert Beschäftigte der Theater und Philharmonie gegen weitere Kürzungen im Kulturbereich.



Ulla Lötzer (MdB), Bärbel Beuermann (Spitzenkandidatin der Landesliste NRW) und Holger Vermeer (Direkt- und Listenkandidat aus Essen) besuchten auf Einladung des Personalrats das Uniklinikum Essen. Dort werden zunehmend Beschäftigte in eine hauseigene Gesellschaft ausgegliedert und unter Tarif bezahlt. Am 15. April hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE dazu eine Resolution verabschiedet. (www.dielinke-essen.de/politik/thema/arbeit/uni_klinikum_essen/)

„Finanznot der Kommunen ist nicht hausgemacht ...“

Das stellt die Abschlusserklärung der gut 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der kommunalpolitischen Konferenz der Bundestagsfraktion Die LINKE am 27. und 28. 3. im Essener Haus der Technik schon in der Überschrift fest. Deshalb sind Forderungen nach einer wirksamen Gemeindefinanzreform das wesentliche Ergebnis der kommunalpolitischen Konferenz der Bundestagsfraktion Die LINKE.

Als Einstieg in die produktiven und hart an den Problemen vor Ort geführten Debatten schilderte das Wuppertaler Stadtrats und Landesvorstandsmitglied der Linken Bernhard Sander die Kämpfe um das in der Schließung des Schauspielhauses gipfelnde 80-Millionen-Kürzungspaket der Stadtverwaltung. „Kommunale Selbstverwaltung darf nicht auf die Frage zurückgeschnitten werden, wo gekürzt wird“, so seine Forderung an linke Politik vor Ort.

Solche Streichlisten werden soziale und kulturelle Infrastruktur zerstören, aber, wie auch Stefan Pfeiffer vom DGB verdeutlichte, den Bankrott der hoffnungslos überschuldeten Städte im Revier nur herauschieben. Diese ‚Vergeblichkeitsfalle‘, aus der es ohne Hilfe von Land und Bund kein Entrinnen gibt, ist nicht das Ergebnis der aktuellen Wirtschaftskrise, sondern die Folge sinkender öffentlicher Einnahmen im Zuge eines gescheiterten Wirtschaftsmodells der Entstaatlichung, so Pfeifers Diagnose. Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, benannte Ross und Reiter: Mit 50 Milliarden Mindereinnahmen pro Jahr hat die rot-grüne Unternehmenssteuerreform die Löcher in den öffentlichen Kassen immer weiter aufgerissen, 2010 ist schrecklich, doch die

wirklichen Probleme kommen erst 2011 und 2012, so seine Prognose. Die Gemeindefinanzreformkommission des Bundes werde keine wirksame Hilfe bringen, stellte er fest, und forderte von den kommunalen Spitzenverbänden, gegenüber den Koalitionsplänen zur Abschaffung der Gewerbesteuer hart zu bleiben.

Direkte Demokratie durch Bürgerhaushalte, die Absage an Privatisierungen und konkrete Wege zur Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge waren Schwerpunkte der Arbeitsgruppen: „Kommunale Unternehmen sichern gute Arbeit und sind dabei günstiger als Private,“ so das Fazit unserer Bundestagsabgeordneten Ulla Lötzer. Deshalb muss, so auch Spitzenkandidatin Bärbel Beuermann, die von schwarz-gelb in NRW beschlossene Behinderung wirtschaftlicher Tätigkeit der Kommunen in der Gemeindeordnung zurückgenommen werden.

Zustimmung auch bei der ver.di- Landesleiterin Gabi Schmidt fanden neben dieser Forderung auch die Eckpunkte der LINKEN für eine Gemeindefinanzreform: Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer, Kompensation der durch das schwarz-gelbe Wachstumsbeschleunigungsgesetz verursachten Steuerausfälle für Kommunen, Übertragung von Aufgaben an die Kommunen nur bei ausreichender finanzieller Ausstattung, Rücknahme der Schuldenbremse und die Einführung eines verbindliches Mitwirkungsrecht für Kommunen auf Bundes- und Landesebene. Diese Positionen gilt es, als Alternative zur Agenda der von der Bundesregierung eingesetzten Gemeindefinanzreform und Ihrer Option auf eine Abschaffung der Gewerbesteuer, durchzusetzen. Wolfgang Lindweiler

Aus der Arbeit im Bundestag:

Umbau der Industrie

In ihrem Thesenpapier „Sozial-ökologischer Umbau der Industrie“ fordert unsere Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer eine industriepolitische Kehrtwende: Weg von der Exportförderung hin zu einer binnenmarktorientierten, sozial-ökologischen, innovativen und damit zukunftssicheren Produktionsweise. Wesentliche Instrumente dafür sind ein staatlicher Zukunftsfonds für Industrieinnovationen, Beschäftigungssicherung und die Demokratisierung der Wirtschaft von der betrieblichen bis hin zur internationalen Ebene. Unter Bezug auf die Erfahrungen der Automobilindustrie soll das Papier eine notwendige Debatte darüber anregen, wie der Rückbau von Überkapazitäten mit dem ökologischen Umbau der Produktionsverfahren und der Erschließung innovativer und ökologischer Produktionsfelder verbunden werden kann. Dieser Prozess muss politisch gesteuert, wirtschaftsdemokratisch gestaltet, sowie mit der Sicherung von sozial regulierter Beschäftigung verbunden werden.

Das Papier ist im Wahlkreisbüro von Ulla Lötzer in der Severinstr. 1 zu erhalten und kann im Internet unter www.ulla-loetzer.de nachgelesen werden.

Westerwelle: Gelogen oder keine Ahnung

Auf Anfrage der Bundestagsfraktion Die LINKE widerlegt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Dr. Ralf Brauksiepe (CDU), widerlegt die Behauptung von Vizekanzler und FDP-Chef Westerwelle, es sei „eine himmelschreiende Ungerechtigkeit“, dass eine verheiratete Kellnerin mit zwei Kindern im Durchschnitt 109 Euro weniger verdiene, als wenn sie Hartz IV beziehen würde. Im wirklichen Leben hat sie deutlich mehr. Das geht aus einer Antwort auf die schriftliche Frage von Jutta Krellmann, Arbeitsmarktexpertin der Fraktion Die LINKE, hervor. Westerwelle habe „entweder bewusst gelogen oder er hat schlicht keinen blassen Schimmer von den Sachen, über die er redet“, schlussfolgert Krellmann.

Bürgerversicherung

Die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung haben sich bewährt. Die sog. Reformen der letzten Bundesregierungen haben allerdings deutliche Spuren hinterlassen. Immer mehr Kosten werden auf die Versicherten abgewälzt. Die LINKE hat daher die Forderung nach einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege in den Bundestag eingebracht (Ds 17/1238). Als sozial gerechte Antwort auf Zusatzbeiträge und Röslers Pläne zur Einführung einer unsozialen Kopfpauschale beschreibt der Antrag, wie mit die Lasten gerecht auf alle Schultern verteilt und die Finanzierung auf eine dauerhaft stabile Grundlage gestellt werden können.

Termine

Mittwoch, 21. April

Stammtisch Bezirksgruppe 3 (West)
19.30 Uhr, Gaststätte „Verse“, Niebuhrstraße 43

Mittwoch, 21. April

Stammtisch Bezirksgruppe 5 und 6 (Nord)
19.00 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Donnerstag, 22. April

Stammtisch in Rüttenscheid
19.30 Uhr, Hotel „Rheinischer Hof“, Hedwigstr 11 (Ecke Rosastr)

Freitag, 23. April

Wahlkampfteam Landtagswahl
17.00 Uhr, Geschäftsstelle DIE LINKE, Severinstraße 1

Montag, 26. April

Stammtisch Bezirksgruppe 8 (Ruhrhalbinsel), 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Türmchen“, Butenbergkamp 86

Mittwoch, 28. April

Bürgersprechstunde Bezirk 3
17.30 bis 19.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus St. Anna, Sälzerstraße 90

Mittwoch, 28. April

AT „Linke Positionen in Zeiten leerer Kassen“ alternativ „Was ist linke Politik in Zeiten eines Nothaushaltes?“ alternativ „Links bleiben unter Haushaltszwang“
Prof. Dr. Herbert Schui MdB DIE LINKE
19.00 Uhr Geschäftsstelle DIE LINKE, Severinstraße 1

Freitag, 30. April

Wahlkampfteam Landtagswahl
17.00 Uhr, Geschäftsstelle DIE LINKE, Severinstraße 1

Samstag, 1. Mai

10.00 Uhr, 1.-Mai-Demonstration ab Frohnhauser Markt
11.00 Uhr, 1.-Mai-Kundgebung mit Michael Sommer (DGB-Vorsitzender), Kennedyplatz
13.00 Uhr, 1.-Mai-Fest, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Mittwoch, 5. Mai

Stammtisch Bezirksgruppe 1 (Innenstadt)
18.00 Uhr, Geschäftsstelle DIE LINKE, Severinstraße 1

Mittwoch, 5. Mai

Bürgersprechstunde Bezirk 3
17.30 bis 19.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus St. Anna, Sälzerstraße 90

Donnerstag, 6. Mai

Veranstaltung zur Landtagswahl der Bezirksgruppe 4 (Borbeck) mit Sahra Wagenknecht
18.00 Uhr, Cafe „Kreuzer“, Friedrich-Lange-Straße 1

Mittwoch, 12. Mai

Mitgliederversammlung Kreisverband Essen
19.00 Uhr, Gaststätte „Sternquelle“, Schäferstraße 17

Bezirk I

Oseberg-Laden

In der letzten Sitzung am 23.3.2010 informierte das Ordnungsamt der Stadt Essen die BVI darüber, dass der Eigentümer des „Osebergs-Laden“ seinen Außenbereich bis zur Mitte der Niehofer Straße durch eine Video-Kamera überwachen lässt und wie nach Ansicht des Amtes rechtlich hiermit umgegangen werden müsse. Nach Aussage eines Verkäufers, so das Ordnungsamt, werden die Bilder lediglich kurzzeitig gespeichert und danach „gelöscht“. Auch das Ordnungsamt räumt ein, dass diese „Video-Überwachung“ das verfassungsrechtliche Recht auf „informationelle Selbstbestimmung“ der Betroffenen einschränke. Aufgrund einer Interessensabwägung zum Schutz des Eigentümers – z.B. wie bereits geschehen, vor Graffiti-Schmierereien – müsse dies aber hingenommen werden. Außerdem stehe Betroffenen ja die Privatklage offen.

Diese Auffassung hält das BV-Mitglied der LINKEN für unplausibel und sehr bedenklich, denn am „Oseberg-Laden“ ist bisher nicht einmal ein Hinweisschild auf die Video-Überwachung angebracht. Da viele Passanten und Demons-

tranten von dieser also nicht einmal wissen dürften, können sie hiergegen auch keine Privatklage erheben, ganz abgesehen vom Risiko eigener Kostenbeteiligung in einem Zivilprozess. Außerdem tragen das Risiko der Beschädigung ihrer Schaufenster alle Geschäftseigentümer. Und es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Bilder von besonders engagierten Laden-Gegnern festgehalten und -schlimmstenfalls- in der „rechten Szene“ verbreitet werden. Die BV I beschloss einen Prüfauftrag an das Rechtsamt der Stadt Essen, da die Video-Überwachung nicht doch ordnungsbehördlich unterbunden werden könne.

Bezirk I

EVAG Jahresgespräch

Am 23.03.2010 wurde die Tagesordnung für das Jahresgespräch zwischen BV I und der Essener Verkehrs AG am 14.04.2010 aufgestellt. Diese Gespräche dienen dazu der EVAG Anregungen und Beschwerden vorzulegen und deren Umsetzung zu beobachten. Auch in diesem Jahr kamen wieder Anliegen aus allen Parteien, außer dem EBB. Die weitestgehende Forderung stellte der Vertreter der Linken, Frank

Nachrichten aus dem RVR

Verbandsversammlung fordert finanzielle Stärkung der Ruhrgebiets-Kommunen

In der Sitzung der Verbandsversammlung des RVR am 22.3.2010 wurde eine seit längerem angedachte Resolution verabschiedet. In ihr geht es um die katastrophale Finanzlage der Ruhrgebietskommunen und -kreise. Einem Resolutionsentwurf von SPD, Grünen und DIE LINKE stellten CDU und FDP einen eigenen gegenüber. Nach langer und heftiger Diskussion, in deren Verlauf der Tagesordnungspunkt nach hinten geschoben wurde und die Fraktionen während der Verbandsversammlung in kleinen Delegationen weiter verhandelt haben, konnten sich alle im RVR vertretenen Fraktionen auf einen gemeinsamen Resolutionstext einigen. Gefordert wird darin unter anderem: Einhaltung des Konnexitätsprinzips bei der Übertragung von staatlichen Aufgaben auf die Kommunen, stärkere Beteiligung von Bund und Land an Sozialkosten, sowie Maßnahmen zum Abbau der Altschulden.

RVR verabschiedet Resolution gegen Aktivitäten von Pro NRW

Eine zweite Resolution wurde auf Initiative der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich verabschiedet. In ihr verurteilt die Verbandsversammlung die Aktivitäten von Pro NRW im Ruhrgebiet. Ausdrücklich wird in ihr gesagt, dass das Ruhrgebiet eine „bunte“ Region ist, in der die rassistische Hetze von Pro NRW unerwünscht ist. Die Versuche von Pro NRW, das friedliche Miteinander von Muslimen und Nicht-Muslimen im Ruhrgebiet zu stören werden in ihr ausdrücklich verurteilt. CDU und FDP enthielten sich der Stimme, da ihr Versuch, den Resolutionstext

so zu verändern, dass er sich allgemein gegen „radikale“ Gruppierungen richten sollte, an den Stimmen von SPD, Grünen und DIE LINKE scheiterte.

Noch Schwierigkeiten nach der Übernahme der Regionalplanung durch den RVR

Fragen, die den Bereich der Regionalplanung betreffen, wurden in den Fachausschüssen kritisch diskutiert, da den Mitgliedern der Verbandsversammlung Unterlagen zugesandt wurden, die dies mehr oder weniger nur noch abnicken, jedoch nicht mehr mitgestalten konnten. Es wurde sich darauf geeinigt, dass es bald zu einem Termin von Vertretern der Bezirksregierungen des Ruhrgebiets und den Fraktionspitzen kommt. Es soll ein Weg zur besseren Zusammenarbeit aller Beteiligten gefunden werden.

Haushalt des RVR verabschiedet

Bei der Abstimmung des Haushaltes des RVR enthielt sich DIE LINKE. Der Haushalt des RVR ist mit spitzer Nadel gestrickt, Umschichtungen und andere Gewichtigungen sind kaum möglich. Bei der Verteilung der knappen Mittel gibt es wenige Kritikpunkte. Allerdings steht der Haushalt dennoch auf tönernen Füßen: Aufgrund von Personalmangel und zu hohem Arbeitsaufwand fehlen bis heute die Jahresabschlüsse 2007, 2008 und 2009. Erst zum Ende dieses Jahres werden diese Jahresabschlüsse vorliegen. Die Fraktion DIE LINKE ist aber der Meinung, dass auf Grundlage fehlender Abschlüsse kein Haushalt aufgestellt werden kann und geht davon aus, dass er aus diesem Grund von der Bezirksregierung nicht anerkannt werden wird.

Markus Renner

Tiedemann auf: Ausweitung der abendlichen Taktzeiten aller Busse und Bahnen wegen der Verlängerung der Ladenöffnungszeiten sowie Unterstützung durch Finanzzuweisungen des Landes NRW. Die sonstigen Forderungen der Linken lauteten: Ausrüstung aller Haltestellen mit digitaler Fahrgastinformation, Austausch aller Busse und Bahnen durch Niederflurfahrzeuge, Durchgreifende Maßnahmen zur Verbesserung der Pünktlichkeit der Busse und Bahnen.

Frank Tiedemann

Bezirk II

Presse und CDU einig gegen neue Mehrheit in der Bezirksvertretung

Die Forderung der Partner SPD; Grüne und LINKE (zuvor in der Bezirksvertretung mit den Stimmen aller Parteien verabschiedet) den Erhalt der Bezirksvertretungsmittel in Höhe von 350 Tausend Euro auch in der Haushaltsberatung folgerichtig mit Zahlen zu untermauern, wurde von CDU und auch der Presse einhellig abgelehnt. Peter Lankes, Fraktionssprecher der SPD in der BV, verdeutlichte sehr anschaulich, dass die Kürzungen der Mittelvergabe für die Bezirksvertretungen nur eine politische Beschneidung, aber keine finanzielle Einsparung bedeuten. Die Vertreter der anderen Parteien in der BV hatten zwar offene Ohren, aber mit der abstrusen Argumentation, dies sei ein nicht durchsetzbares „Wünsch Dir was“ stimmten CDU, FDP und EBB dagegen. Obwohl die Pressevertreterin in der Sitzung mitgeschrieben hatte, spiegelten sich in ihrer Berichterstattung lediglich die Positionen der CDU wieder. Eine anschließende Presseerklärung der Mehrheit in der BV (SPD, Grüne und LINKE) wurde nur stark verkürzt wiedergegeben, nicht ohne in einem nebenstehenden Artikel die CDU sofort wieder ausführlich zu Wort kommen zu lassen. Eine neutrale Berichterstattung sieht anders aus.

Cornelia Swillus-Knöchel

Bezirk IV

Sammelstelle für gebrauchte Energiesparlampen

Die Koalition aus Grüne, Linke und SPD hat in der BV IV den Antrag eingebracht, eine Sammelstelle für gebrauchte oder defekte Energiesparlampen einzurichten. Da diese auf Grund ihres Schwermetallgehaltes als Sondermüll gesondert entsorgt werden müssen, soll den Bürgern die Entsorgung erleichtert werden.

Dürerschule

Nach vielem hin und her der letzten Jahre, werden schon wieder Lehrer, Schüler und Eltern durch einen Brief der Verwaltung verunsichert, wie es mit der Dürerschule weitergehen soll. Gerade für das kommende Schuljahr kann die Dürerschule 39 Anmeldungen verzeichnen. Alle waren froh, dass die Zweizügigkeit besteht. Aus diesem Grund hat die BV IV in der letzten Sitzung eine Resolution verabschiedet, in der

sie die Verwaltung auffordert, die bereits beschlossenen Investitionen an der Dürerschule nicht bis zum Abschluss der nächsten Stufe der Grundschulentwicklungsplanung zurückzustellen, sondern vielmehr die Renovierungsmaßnahmen sowie den Bau der Gymnastikhalle zügig abzuschließen.

Überarbeitung Radwegnetz Essen

Übereinstimmend mit der BV V spricht sich auch die BV IV Borbeck für die Wiederaufnahme der Maßnahme 17, einer Verbindung am Südufer des Rhein-Herne-Kanals in die Zielplanung des Essener Radverkehrsnetzes aus.

Barbara Rienas

Bezirk V

Neue Hartz4-Beratung in Altenessen

So sind die Bürger- und Bürgerinnen aus dem Essener Norden: „Wird dir nicht geholfen, so helfe dir selber!“ Seit einigen Wochen wird endlich auch in Altenessen eine offene Hartz4-Beratung angeboten. Jeden Dienstag, zwischen 10.00 und 12.00 Uhr erhalten Hartz4-Berechtigte im Förderturmhaus der Zeche Carl (Wilhelm-Nieswandt-Allee 100) kostenlose Beratung vom Verein ProPolis. Wieder einmal sind es ehrenamtlich tätige Bürger, die im Stadtteil eine Sozialunterstützung für Fragen jeglicher Art installieren. Solidarität wird wieder aktuell und gelebt. DIE LINKE fordert, dass dieses ehrenamtliche Engagement künftig auch von der Stadt finanziell unterstützt wird.

Birgit Petereit

Bezirk VI

Resolution für friedliches Miteinander

Auf unsere Initiative hin verabschiedete die BV VI (und in der Folge weitere Stadtbezirke, sowie der Rat der Stadt) eine Resolution, die sich gegen die von „ProNRW“ geplante Demonstration vor der Fatih-Moschee in Katernberg wendet. Lediglich der Vertreter der FDP stimmte dagegen. Damit ist es gelungen, im Essener Norden einen breit getragenen Konsens gegen Rechts herzustellen. In der Resolution heisst es u.a.: „... Die Bezirksvertretung VI wird nicht akzeptieren, dass das friedliche Miteinander von Muslimen und Nicht-Muslimen im Essener Norden gestört wird. Die Bezirksvertretung VI der Stadt Essen appelliert an die Polizeipräsidentin jede rechtlich zulässige Möglichkeit auszuschöpfen, die für den 26. März 2010 geplante Kundgebung zu verbieten. Die Bezirksvertretung VI fordert alle Einwohnerinnen und Einwohner des Bezirkes auf, sich friedlich gegen die geplante Kundgebung zu wehren.“

Jutta Potreck

Bezirk VIII

Wo geht die Reise hin?

Die Burgruine in Burgaltendorf ist seit einiger Zeit beliebtes Reiseziel unserer Jugend – Alkohol und Vandalismus deren Wegbegleiter. Mit Empörung und erhobenem Zeigefinger wird auf diese ungeliebte Modeerscheinung reagiert, die nicht nur durch die Stadtteile der Ruhrhalbinsel schleicht. – „Das muss aufhören! – Die müssen weg! – Her mit der Videoüberwachung! – So etwas hätte es zu unserer Zeit nicht gegeben!“ Wirklich nicht? Alkohol und Langeweile – Alkohol und Einsamkeit – Alkohol bei Leistungsdruck – Alkohol bei Zukunftsfrust. Problem erkannt – Gefahr gebannt? – Weit gefehlt! Jugendeinrichtungen werden geschlossen – wir müssen sparen! Sozialarbeiterstellen fallen weg – wir müssen sparen! Schwimmbäder schließen – wir müssen sparen! Zeit für unsere Kinder? Ach ja, wir müssen sparen! Selbstredend müssen die „Reisenden“ zur Verantwortung gezogen werden – wir aber auch.

Stefan Dolge



Die Zukunft der Jugendeinrichtungen?

Bezirk IX

Antrag Erhöhung BV-Mittel

Um dem entgegenzuwirken, dass die bezirklichen Mittel gesenkt bzw. immer mehr zurückgefahren werden, herrschte Einstimmigkeit zu einem Antrag der SPD. Damit wird der Rat der Stadt Essen aufgefordert, die Haushaltsmittel der Bezirksvertretung IX für das Haushaltsjahr 2010 durch Umschichtungen aus dem gesamtstädtischen Haushalt auf 350.000 Euro festzusetzen.

Im Sinne der Stärkung wichtiger politischer Arbeit der Bezirksvertretung und als Chance, mehr Maßnahmen und politische Entscheidungsrechte in die Hände der BV zu bekommen, begaben sich alle Bezirksvertreter ohne wesentliche Diskussionen in ein Boot und das ist nur folgerichtig.

Die gewählten Bezirksvertreter sind näher an ihren Mitbürgern dran als die Verwaltung der Stadt Essen und kennen natürlich die Problemfelder vor Ort meistens sehr genau.

Gerald Janke

Bestellschein:

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Essen erhalten.
Bitte schicken Sie das „Linksinfo“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Postleitzahl, Ort, Straße

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201-175433-14.

Impressum:

„Linksinfo“, Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Essen und des Kreisverbandes Essen, Severinstr. 1, 45127 Essen, Tel. 0201 - 175433-14, Fax 0201 - 175433-18, www.linksfraktion-essen.de, info@linksfraktion-essen.de, www.dielinke-essen.de, kontakt@dielinke-essen.de



Schulentwicklungsplanung auf den Weg gebracht

Gemeinsamer Antrag LINKE/SPD erfolgreich

Die Anmeldezahlen an den Hauptschulen sind für das nächste Schuljahr 2010/2011 erneut stark eingebrochen. Nur noch 189 von 4.737 Schülerinnen und Schüler sind für diese Schulform angemeldet worden, das sind gerade einmal vier Prozent der Gesamtanmeldezahlen, im Schuljahr 2004/2005 waren es z.B. noch 11 Prozent (589). Die Anmeldezahlen für die Realschulen (25,1 %) sind mit 1,6 Prozentpunkten leicht gestiegen, für die Gymnasien (44,3 %) nur geringfügig gesunken und für die Gesamtschulen (29,4 %) prozentual gleich geblieben.

Wie in den Vorjahren auch, mussten Schülerinnen und Schüler, die auf eine Gesamtschule wollten, auf eine andere Schulform verwiesen werden, diesmal 116. Die Hauptschule wird zunehmend als perspektivlos angesehen, aber insbesondere die CDU hält aus ideologischen Gründen daran fest. Dementsprechend wurde unter dem CDU-Schuldezernenten Renzel immer nur mit Schulschließungen reagiert, eine strategische Schulplanung blieb aus.

Auf Initiative der linken Ratsfraktion haben LINKE und SPD deshalb jetzt einen gemeinsamen

Antrag in den Schulausschuss eingebracht, der mit den Stimmen der Grünen verabschiedet worden ist. Damit ist die Verwaltung beauftragt worden, einen Schulentwicklungsplan für alle Schulformen (Primarstufe, Sekundarstufen I und II) zu erstellen. Dieser Plan soll u.a. die demographischen Entwicklungen in der Stadt und in den Stadtteilen, die sozialräumliche Bedeutung der einzelnen Schulen für den Stadtteil, die Trends bei den Anmeldezahlen für die einzelnen Schulen und die Qualität der Schulgebäude berücksichtigen. Der Antrag sieht auch ein Konzept vor, das Schülern und Lehrern einen geordneten Schulbetrieb bis zum Auslaufen der Hauptschule und einen reibungslosen Übergang in andere Schulen gewährleistet.

„Die Stadt muss jetzt ihre Hausaufgaben machen“, so DIE LINKE-Vertreterin im Schulausschuss, Sidiqa Faizy. „Denn wir erwarten, dass es nach den Landtagswahlen Mehrheiten für eine dringend notwendige Schulreform auf Landesebene geben wird. Das ist die Grundvoraussetzung, damit die Bildungs- und Lebenschancen aller Kinder verbessert werden.“

Thorsten Jannoff

Aus der letzten Ratssitzung

Insgesamt 40 Punkte umfasste die Tagesordnung der März-Sitzung. In Ermangelung von finanzwirksamen Beschlüssen, die aufgrund der Haushaltslage nicht, bzw. kaum möglich sind, gab es eine Vielzahl von Resolutionen und Prüfaufträgen an die Verwaltung.

Bei einer Reihe ursprünglich strittiger Punkte konnte letztlich Einigkeit erzielt werden und gemeinsame Anträge aller Fraktionen eingebracht werden – teils auf unsere Initiative hin. Dies war bei den Punkten „Konzernziel Dauerhafte Eigenkapitalsicherung“, den Resolutionen „Kommunalfinanzien“ und „Allianz gegen Rechtsextremismus“; sowie dem Antrag zur Änderung der Bädertarife der Fall.

Weiterhin hatten CDU / Grüne / FDP und EBB zu unterschiedlichsten Themen gemeinsame Anträge vorbereitet – dies deutet auf die Formierung eines bürgerlichen Blocks unter Einbeziehung der Grünen hin. Bereiten sich CDU und Grünen schon auf eine schwarz-grüne Koalition auf Landesebene vor? Jörg Bütelfür

Obwohl sich der Eindruck aufdrängte, dass die letzte Ratssitzung vor den Landtagswahl als Wahlkampfarena für Sonntagsreden der einzelnen Fraktionen genutzt wurde, fielen die Grünen durch die Einbringung des gemeinsamen Antrags mit CDU, FDP und EBB weit hinter ihre eigene Programmatik zurück.

In diesem Antrag wurde die Verwaltung beauftragt, die Vereinheitlichung der Kita-Beiträge im zentralen Ruhrgebiet zu prüfen. Die daraus resultierende mögliche Anhebung der Kita-Beiträge in Essen wurde von den Antragstellern in Kauf genommen. Der Vorschlag der Verwaltung, dass Geschwister nicht mehr von den Kita-Beiträgen befreit werden, wurde von allen Fraktionen im Rat der Stadt Essen abgelehnt. Die von der SPD eingebrachte und von den LINKEN unterstützte Resolution, das LandNRW müsse die Möglichkeit für beitragsfreie Kindergärten schaffen, wurde angenommen.

Britta Pietsch



Ein eindrucksvolles Bild boten die ca. 5.000 Teilnehmer, die dem Aufruf des Bündnisses „Wir zahlen nicht für eure Krise“ zu der Demonstration am 20. März in Essen folgten, darunter auch zahlreiche Vertreter der LINKEN.